

## AGDW – Die Waldeigentümer

### Die AGDW zur Förderrichtlinie zur Honorierung der Ökosystemleistungen des Waldes

Die AGDW hat die Förderrichtlinie zur Honorierung der Ökosystemleistungen des Waldes als „Meilenstein für Waldbesitzende“ begrüßt. Allerdings sei die konkrete Ausgestaltung aufgrund einer Vielzahl von Kriterien „recht komplex“ ausgefallen, kritisierte AGDW-Präsident Prof. Andreas Bitter in Berlin: „Gerade kleinere und mittlere Waldbesitzer, die ihren Wald selbst bewirtschaften, dürften schnell überfordert sein.“ Er fügte hinzu: „Mit dem neuen Förderprogramm bekommen die vielfältigen Ökosystemleistungen des Waldes endlich auch einen Wert. Es ist aber enttäuschend, dass ausgerechnet eine in diesem Bereich maßgeblich grün geführte Regierung diesen Wert so gering ansetzt.“ Besonders kritisch sei der starke Abfall der Förderprämie auf nur noch 55 € ab 1.000 ha Waldfläche. Die normale Fördersumme schwankt zwischen 80 und 100 €/ha/Jahr.

„Die gestaffelte Absenkung für große Forstbetriebe ist nicht sachgerecht, denn die Ökosystemleistungen der Waldfläche nehmen nicht mit zunehmender Fläche ab“, so Bitter weiter. Der Wald aller Größenklassen ist schon heute einer der wichtigsten Klimaschutzler.



Mit der Freischaltung des Antragsportals können Waldbesitzer und Forstbetriebe die Förderung noch bis zum 31. Dezember ab 2022 für fünf Jahre beantragen. Dazu müssen sie zwölf Förderkriterien für klimaangepasstes Waldmanagement erfüllen, darunter Verjüngung des Vorbestands, klimaresiliente Baumartendiversität, Ausweisung von Habitattäumen, größerer Rückegassenabstand und ab einer Waldfläche von mehr als 100 ha auch ein Nutzungsverzicht auf 5 % der Fläche. Die Einhaltung der Kriterien muss innerhalb von zwölf Monaten von einer Zertifizierungsorganisation bestätigt werden. Insgesamt stehen bis 2026 für das Programm 900 Mio. € bereit (Näheres auf S. 7).

### Für mehr Windkraft im Wald

Das Bundesverfassungsgericht hat Mitte November das generelle Verbot von Windenergie im Wald aufgehoben – ein Erfolg für die Waldbesitzenden. „Der Beschluss stärkt die Eigentümergegenwart und beseitigt ein Hindernis für eine marktwirtschaftliche Honorierung der Ökosystemleistungen des Waldes“, sagte AGDW-Präsident Prof. Bitter in Berlin. Er forderte die Bundesländer auf, zügig bestehende Verbote von Windenergieanlagen zu überprüfen und den Weg für neue Windkraftanlagen freizumachen.

„Die Waldbesitzer sind durch die Klimakrise finanziell bereits mehr als gebeutelt. Regenerative Energien aus dem Wald, neben Holz- auch Windenergie, sind Teil der vielfältigen Ökosystemleis-

tungen, die der Wald zum Nutzen der Gesellschaft und des Klimas erbringen kann.“ Pauschale Verbote seien weder rechtens noch sachgerecht. „Mögliche Interessenkollisionen und Konflikte entstehen vor Ort und müssen dort gelöst werden.“ (s. auch S. 8).

### Politischer Gast bei Hauptausschusssitzung der AGDW am 12. Oktober

Stefan Tidow, Staatssekretär im Bundesumweltministerium (BMUV), erläuterte die Sicht seines Ministeriums auf die Waldsituation: „Es braucht einen Paradigmenwechsel für den Wald. Es gibt kein ‚weiter wie bisher‘.“

Die vier Ziele des Aktionsprogramms Natürlicher Klimaschutz (ANK) lauten:

1. Instabile Wälder sollen umgebaut werden.
2. Alte und naturnahe Buchwälder sollen aus der Nutzung genommen werden.
3. Es soll ein finanzielles Anreizsystem erarbeitet werden, um Klimaschutz- und Biodiversitätsleistungen des Waldes zu honorieren.
4. Die Waldfläche in Deutschland soll vergrößert werden.

### Jahrestagung des DFWR am 10. Oktober in Münster

Im Rahmen der Jahrestagung des Deutschen Forstwirtschaftsrats (DFWR) in Münster erklärte AGDW-Präsident Prof. Bitter am 10. Oktober: „Ich werde oft gefragt, welche Förderung für uns wichtiger sei: die Honorierung von Ökosystemleistungen des Waldes oder die Förderung der gemeinsamen Agrarpolitik (GAK). Meine Antwort: Man kann nur auf zwei Beinen stehen! Der klimaresiliente Waldumbau braucht beide Förderungen dringend!“

Bei der Honorierung der Ökosystemleistungen sei der Einstieg gelungen. Hier warteten die Waldbesitzenden weiter dringend auf die Veröffentlichung der Förderrichtlinie und die Öffnung des Internetportals, über das die Förderung beantragt werden könne.

Bei der GAK-Förderung werde „zu unserer völligen Verblüffung“, so Bitter, in den Ministerien derzeit eine Kürzung der Mittel diskutiert. Das passe überhaupt nicht zur dramatischen Lage des Waldes. „Wir werden uns dagegen mit aller Kraft wehren“, kündigte Bitter an.

### Ihre Ansprechpartner

#### » Waldbesitzerverband Brandenburg e. V.

Stephan Kirchhartz  
info@waldbesitzerverband-brandenburg.de  
Tel. 0331-2010444

#### » Hessischer Waldbesitzerverband e. V.

Christian Raupach  
info@hesswald.de  
Tel. 06172-7047

#### » Waldbesitzerverband für Mecklenburg-Vorpommern e. V.

Roderich Freiherr v. Loë  
info@waldbesitzer-mv.de  
Tel. 04542-9059752

#### » Waldbesitzerverband Niedersachsen e. V.

Petra Sorgenfrei  
kontakt@waldbesitzerverband-niedersachsen.de  
Tel. 0511-36704-39

#### » Waldbesitzerverband Sachsen-Anhalt e. V.

Björn Hönoch  
info@wbvsachsen-anhalt.de  
Tel. 0391-58256238

#### » Schleswig-Holsteinischer Waldbesitzerverband e. V.

Jens Fickendey-Engels  
info@waldbesitzerverband-sh.de  
Tel. 0431-59009-11

#### » FVL Forstwirtschaftliche Vereinigung Lüneburg GmbH

Dr. Markus Hecker  
hecker@waldmaerker.de  
Tel. 0581-94639-16

#### » Junge Waldeigentümer

Moritz Raben  
junge@waldeigentuermer.de  
Tel. 0175-251 30 32

## Nachruf für Dr. Hugold von Behr

Der Waldbesitzerverband (WBV) Niedersachsen trauert um seinen ehemaligen langjährigen Vorsitzenden. Dr. Hugold von Behr ist am 25. Oktober kurz vor Vollendung seines 75. Lebensjahres verstorben.

Im März 1989 wurde Dr. von Behr als Nachfolger von Jürgen von der Wense zum Vorsitzenden des Hannoverschen Landesforstverbands gewählt. Diese Funktion übte er genau zehn Jahre bis zum März 1999 aus. Ein Jahr später, im Jahr 2000, erfolgte dann unter seinem Nachfolger Norbert Leben die Verschmelzung des Landesforstverbands e. V. mit der Arbeitsgemeinschaft der Hannoverschen Forstverbände e. V. zum Hannoverschen Waldbesitzerverband. An der Vorbereitung zu dieser forstpolitisch richtigen und wichtigen Weichenstellung wirkte bereits Dr. von Behr mit.

In seiner Funktion als Verbandsvorsitzender sah er die Sicherung des Eigentums und die eigenverantwortliche Bewirtschaftung des Waldes im Rahmen geltender Vorschriften und Gesetze als zentrale Aufgabe an – nach dem Grundsatz „Schützen durch Nutzen“! Dabei blieb ihm sein eigener Wald immer eine Herzensangelegenheit. Ökonomischer Schwerpunkt sowohl für seinen als auch für den Wald der Mitglieder „seines“ Landesforstverbands war folgerichtig die multifunktionale und nachhaltige Forstwirtschaft. So wird sich der WBV Niedersachsen an seinen ehemaligen Vorsitzenden dankbar erinnern und sein Andenken in Ehren halten.

≡ *Vorstand des  
Waldbesitzerverbands Niedersachsen,  
Mark von Busse*

## Zukunft Wald – wie unterstützt die Politik die niedersächsischen Waldbesitzer?

Über 100 Gäste folgten der Einladung des WBV Niedersachsen und der Forstbetriebsgemeinschaft (FBG) Südhannover am 27. September nach Elze. Erhalt, Pflege und Bewirtschaftung des Waldes sollten als gesellschaftliche Aufgabe anerkannt werden. Darin waren sich die Teilnehmer der Podiumsdiskussion zur „Zukunft des Waldes – wie unterstützt die Politik die niedersächsischen Waldbesitzer?“ einig.

Zunächst ging es mit den agrarpolitischen Sprechern der Landtagsfraktionen unter Leitung von Michael Degenhardt, Leiter des Forstamts (FA) Südniedersach-



Foto: WBV Niedersachsen

**V. l.: WBV-Präsident Philip von Oldershausen, Jobst-H. Lampe (Vorstandsmitglied WBV und Vorsitzender der FBG Südhannover), Dr. Marco Mohrmann, MdL (CDU), Karl Heinz Hausmann (SPD), Hermann Grupe (FDP), Michael Degenhardt (Forstamtsleiter FA Südniedersachsen)**

sen, auf eine Exkursion in den Wald und zu den entstandenen Schadflächen, bei der an zwei Standorten die Herausforderungen für die Waldbesitzer aufgezeigt wurden. Die Bestände leiden unter den Kalamitäten (Sturm, Dürre und bei der Fichte der anschließende Käferbefall) und müssen wiederbewaldet werden. Ebenso thematisiert wurde auch das flächige Absterben der Buchen im FFH-Gebiet.



WALDBESITZERVERBAND  
— NIEDERSACHSEN —

In der anschließenden Podiumsdiskussion stellten sich Dr. Marco Mohrmann (CDU), Karl Heinz Hausmann (SPD) und Hermann Grupe (FDP) den Fragen der Waldbesitzer. Außerdem nahm Jobst-H. Lampe (Vorstandsmitglied des WBV und Vorsitzender der FBG Südhannover) an der Diskussion teil.

WBV-Präsident Philip von Oldershausen moderierte und stellte klar: „Das Interesse am Wald ist groß, die Bedeutung des Waldes für die Gesellschaft vielleicht noch viel größer. Der Zustand vieler Waldflächen ist beängstigend, doch die Försterinnen, Förster und Waldbesitzenden verfügen über die fachliche Kompetenz, um den klimastabilen Wald zukunftsorientiert zu entwickeln. Wir wollen den Zustand des Waldes verbessern, aber dafür brauchen wir Unterstützung und andere Einkommensmöglichkeiten über die Holzproduktion hinaus.“

Zunächst berichtete Jobst-H. Lampe aus der Praxis: „Die Eigentümerfamilien haben eine emotionale Verbundenheit zu

ihren Wäldern und wirtschaften seit Generationen nachhaltig. Das, was jetzt in die Wälder investiert wird, wird erst in drei Generationen geerntet. Das bedeutet, dass die Waldbesitzenden und die FBGen in der Zeit keine Einnahmen haben, deshalb brauchen wir eine einfach zugängliche Unterstützung.“

Dieser einhelligen Meinung war auch die Politik, was sich in den Schwerpunkten der Diskussion widerspiegelte. Einig waren sich die Politiker darüber, dass die Leistungen des Waldes entlohnt werden müssen. Karl Heinz Hausmann (SPD) fasste zusammen: „Es darf nicht passieren, dass die Waldbesitzenden im Wald keine Verdienstmöglichkeiten mehr haben. Der Wald muss jährlich Geld einbringen für die Leistungen, die er dauerhaft erbringt. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass eine jährliche CO<sub>2</sub>-Förderung kommt.“

Auch bei der Umsetzung der bestehenden Förderung gebe es Hemmnisse, beispielsweise bezüglich der De-minimis-Regelung für forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse oder der noch in der Umstellung befindlichen Förderung der einzelbetrieblichen forstlichen Beratung. Hermann Grupe (FDP) bemerkte: „Die Programme müssen mit den Experten zusammen entwickelt werden. Wenn aus einem praxisfernen Förderprogramm nicht alle Mittel abgerufen werden, darf man sich hinterher nicht beschweren, sondern hat das generelle Problem nicht verstanden.“

Eine Einkommensmöglichkeit für die Waldbesitzer wäre die Nutzung von erneuerbaren Energien aus dem Wald. Das von der alten Landesregierung verabschiedete Landesraumordnungsprogramm (LROP) verhinderte jedoch durch das Ausschlusskriterium „Historisch alte Waldstandorte“ die Nutzung von Windenergie aus dem Wald. Dr. Marco Mohrmann (CDU) will sich dafür einsetzen, „dass das LROP und

die Begrifflichkeit ‚Historisch alte Waldstandorte‘ zügig überarbeitet werden.“

In der Kürze der Zeit konnten sicherlich nicht alle wichtigen Themen, die die Waldbesitzenden beschäftigen, abgehandelt werden. Es war jedoch wichtig, den Politikern vor der Landtagswahl am 9. Oktober die Probleme der niedersächsischen Waldbesitzer vor Augen zu führen, sodass die Politik in der neuen Legislaturperiode mit zielführenden Maßnahmen Lösungen auf den Weg bringt. Wald ist eine gesamtgesellschaftliche Daseinsvorsorge. ≡

## Staffelübergabe bei der regionalen PEFC-Arbeitsgruppe (RAG) Niedersachsen



Foto: WBV Niedersachsen

Peter Gaffert (l.), Christian Weber, Norbert Leben (r.)

Norbert Leben, Ehrenpräsident des WBV Niedersachsen e. V., wurde als Vorsitzender der RAG Niedersachsen verabschiedet. Den Vorsitz übernimmt von nun an Christian Weber, Hofkammerdirektor (Fürstliche Hofkammer, Bückeburg), der sich auf die kommenden Aufgaben freut. Der Vorsitzende von PEFC Deutschland, Peter Gaffert, gratulierte Christian Weber zur neuen Position und würdigte die Dienste von Norbert Leben, der als Mann der ersten Stunde PEFC Deutschland und die RAG Niedersachsen entscheidend mitprägte. ≡

≡≡≡ Waldbesitzerverband  
≡≡≡ Brandenburg e. V.

## Waldbauliche Exkursion in der Uckermark

Am 22. Oktober trafen sich Mitglieder des Waldbesitzerverbands (WBV) Brandenburg e. V. und der Jungen Waldeigentümer



Foto: WBV Brandenburg

Gruppenfoto der Exkursionsteilnehmer

zu einer Fachexkursion in der Uckermark. In der Landesforst-Baumschule Lübbesee bei Templin führte deren Leiter, Friethjof Mann, die rund 25 Waldbesitzenden in die Arbeit der Baumschule ein.

Einen Schwerpunkt der Diskussion bildete die zeit- und herkunftsgerechte Bereitstellung von Pflanzgut und das Interesse an einem breiten Spektrum klimatoleranter Baumarten. Eine engere Zusammenarbeit von Waldeigentümern und Baumschulen ist notwendig, um eine passgenauere Vermehrung der gewünschten Baumarten zu gewährleisten.

Im Anschluss fand eine waldbauliche Exkursion im Forstbetrieb Francke GbR „Gut Herzfelde“ der Eigentümerfamilie von Schintling-Horny statt. In diesem FSC-zertifizierten und nach den Prinzipien des Dauerwalds bewirtschafteten Betrieb fallen die in den letzten 20 Jahren etablierten artenreichen Mischbestände besonders auf.

In einer Klimaregion mit negativer Wasserbilanz ist dies aus Sicht der Eigentümer die beste Risikovorsorge, um größere Katastrophen zu vermeiden. Sie sehen das Fichtensterben im Harz als warnendes Zeichen für ihren eigenen Kiefernwald. Das Ziel, auf der gesamten Betriebsfläche einen mehrschichtigen Wald zu etablieren, ist fast erreicht.

Der Waldrundgang machte deutlich, dass junges Laubholz schon merklich das Waldinnenklima und die Bodenbeschaffenheit des Nadelwaldes verbessert. Es verbleibt mehr Regen im Boden, der Wind hat weniger Angriffsfläche und die Verdunstung ist geringer. Zum Erreichen der Ziele ist als Zwischenphase eine verstärkte Bejagung der Fläche wichtig.

Die Teilnehmenden konnten aber sehen, dass schon nach wenigen Jahren der Umschwung erreicht ist und das Wild nun in einem verbesserten Habitat lebt. Eine zielorientierte Bejagung der Fläche bleibt aber eine stetige Verpflichtung, um eine mög-

lichst breite Baumartenpalette zu erreichen und Naturverjüngung zu ermöglichen.

„Die Waldbilder zeigen eindrücklich, wie Waldumbau hin zu klimaresilienten und potenziell zukunftsfähigen Waldbeständen selbst in Brandenburg gelingt, und dass man die Familie von Schintling-Horny zu diesem erfolgreichen Waldumbau nur beglückwünschen kann“, stellte Moritz Raben von den Jungen Waldeigentümern dabei fest.



Waldbesitzerverband  
Brandenburg e.V.

Alle waren sich einig, dass der Waldumbau nur mit qualifiziertem forstlichen Fachpersonal möglich ist. Dies gilt nicht nur für den gehobenen Forstdienst, sondern besonders für die Forstwirte. Die Verfügbarkeit von forstlichem Personal sinkt seit Jahren und stellt alle Waldbesitzende vor Probleme. Daher gehen gute Holzpreise, Honorierung von Ökosystemleistungen und Erhalt von qualifiziertem Fachpersonal Hand in Hand.

Stephan Kirchharz, Geschäftsführer des WBV Brandenburg, hob hervor: „Die Anpassung der Waldökosysteme erfordert immense Anstrengungen in den kommenden Jahren und Jahrzehnten. Diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe kann nur im Dialog zwischen allen mit dem Wald verbundenen Menschen gelingen. Um Waldumbau auf großer Fläche zu realisieren, bedarf es der Inwertsetzung von Ökosystemdienstleistungen. Ohne die Honorierung wird der Waldumbau nur schwer finanzierbar sein.“

In der nachfolgend Diskussion sahen einige Waldbesitzer die Vermarktung von diesen Leistungen als neue Geschäftsfelder, während andere eher auf öffentliche Honorierung dieser Leistungen setzten.

„Die Kalamitäten der letzten Jahre in den Monokulturen zeigen den hohen Handlungsbedarf auf. Die Exkursion zeigt die Notwendigkeit, den Waldumbau in Angriff zu nehmen – und zwar jetzt“, resümierte Moritz Raben die Diskussion. ≡

## Neues Förderprogramm für die Errichtung von Löschwasserbrunnen

Die Waldbrände in diesem Jahr haben gezeigt, wie sensibel und gefährdet die heimischen Wälder sein können. Waldbrandvorsorge wird in der Zukunft einen immer wichtigeren Platz in den betrieblichen Planungen und Arbeiten einnehmen müssen. Durch Waldbrände verlieren Waldbesitzende oftmals die einzige Einnahmequelle und zugleich werden die wertvollen Ökosystemleistungen des Waldes gemindert. Aus diesem Grund ist die Etablierung von Laubholz ebenso notwendig wie die Infrastruktur – bestehend aus Löschwasserbrunnen und befahrbaren Waldwegen.

Daher begrüßt der WBV besonders den Vorstoß des Ministeriums für Landwirtschaft, Klima und Umweltschutz, den Löschbrunnenbau im Land Brandenburg stärker zu fördern. Ein Hemmnis für den Löschbrunnenbau, besonders für die vielen kleinen Waldbesitzenden, war bisher die Vorfinanzierung. Durch das Förderprogramm besteht für die Waldbesitzenden nun die Möglichkeit, die Fläche für eine Brunnenanlage kostenfrei an das Land zu verpachten. Der Landesbetrieb Forst Brandenburg errichtet dann mit Fördermitteln der EU die Anlage. Die Unterhaltungspflicht übernimmt ebenfalls der Landesforstbetrieb für einen Zeitraum von zwölf Jahren. Nach Beendigung der Pacht geht die Fläche mit dem Brunnen wieder vollumfänglich an den Waldeigentümer zurück. Mit dieser von der Behörde „Rundum-Sorglos-Paket“ genannten Maßnahme hofft das Forstministerium, schnell zu einer weiteren Verbesserung der Versorgung mit Löschwasser in den Wäldern zu kommen. Noch in diesem Jahr werden die örtlich zuständigen Forstbediensteten des Landesbetriebs Forst Brandenburg mit den Waldbesitzenden in Kontakt treten, um eine Verbesserung der lokalen Löschwasserversorgung zu evaluieren, die Waldbesitzenden zu beraten und ihnen einen Vertrag anzubieten. Nach Planung werden bis zu 60 weitere Löschwasserbrunnen im Privatwald errichtet. Eine Förderung im Rahmen der Vorfinanzierung durch die Waldbesitzenden ist weiterhin zusätzlich möglich. „Mit diesem Förderprogramm beschreitet das Land einen neuen Weg, den wir ausdrücklich unterstützen. Vielleicht erwachsen aus diesem pragmatischen Vorgehen auch neue Herangehens-

weisen für den notwendigen Waldumbau im Land Brandenburg“, erklärt Thomas Weber, Vorsitzender des WBV Brandenburg. ≡

## Waldbesitzerverband Brandenburg ruft zum lösungsorientierten Dialog auf

Im Rahmen der Novellierung des Landesjagdgesetzes ist für den WBV Brandenburg klar, dass es dringend einen Neustart in der Debatte braucht. Die Entwicklungen der letzten Zeit haben verdeutlicht, wie emotionsgeladen das Thema der Jagd für die Bevölkerung des ländlichen Raums ist. Persönliche Anfeindungen und Diskreditierungen führen jedoch nicht zu einem zielführenden und lösungsorientierten Prozess. Der WBV steht dem Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz dabei weiterhin konstruktiv zur Verfügung. „Der zweite Entwurf für ein neues brandenburgisches Landesjagdgesetz ist mit Sicherheit nicht der Weisheit letzter Schluss, aber eine Chance, um in einen moderierten Dialogprozess einzutreten, damit die Novelle gelingt“, stellt Thomas Weber, Vorsitzender des Verbands, klar. Um der gesamtgesellschaftlichen Bedeutung des Jagdgesetzes gerecht zu werden, sind die vorhandenen Beratungsgremien des Ministeriums der legitime Raum für weiterführende Abstimmungen.

Die Notwendigkeit zur zeitgemäßen Veränderung des Jagdgesetzes wurde schon im Jahr 2020 durch die Mitgliedsverbände des Forums Natur Brandenburg festgehalten und forciert. Es geht nun darum, gemeinsam mit allen relevanten Landnutzern und Interessenverbänden die Novelle des Jagdgesetzes zum Erfolg zu führen. Die Klimaanpassung der Wälder ist zu wichtig, um beim Status Quo zu verweilen. Damit dies gelingt, braucht es ein gemeinsames Handeln von motivierten und engagierten Waldeigentümern und Jägern! ≡

≡≡≡ **Waldbesitzerverband  
Sachsen-Anhalt e. V.**

## Kleiner Waldtag in Wolferstedt mit Krönung der neuen Waldkönigin

Am 10. September fand in Wolferstedt der kleine Waldtag mit Unterstützung vom Verein Unser Wald e. V. statt. Anlass waren die Firmenjubiläen der WHJ Landtechnik Wolferstedt (30 Jahre) und des Holzimpulszentrums (10 Jahre). Trotz regnerischem Wetter war die Stimmung gut bei den rund 1.500 Besuchern.



Foto: J. Schneidewind

**Die neue Waldkönigin Jenny I. Schneidewind (l.) zusammen mit der Elsbeerkönigin Diana I. Ruppe**

Höhepunkt war die Krönung der neuen Waldkönigin Jenny Schneidewind aus Thale durch die Elsbeerkönigin Diana I. und Julius Hohltschka vom Verein Unser Wald. Franz Prinz zu Salm-Salm hielt als Vorsitzender des Waldbesitzerverbands (WBV) Sachsen-Anhalt eine Laudatio. Jenny I. ist die vierte Waldkönigin in Sachsen-Anhalt und wird ihr Amt zwei Jahre ausüben. Die 25-jährige Försterin ist Funktionsingenieurin des Landesforstbetriebs und kennt daher die Probleme des Waldes. An dieser Stelle möchten wir der dritte Waldkönigin Sachsen-Anhalts, Theresa I., für ihren Einsatz danken und wünschen Jenny I. für ihre Amtszeit alles erdenklich Gute! ≡

## Zulassung für „Karate Forst“ flüssig verlängert

Die Zulassung des Insektizids „Karate Forst flüssig“ wurde vorerst bis zum 28. Februar 2023 verlängert. Damit ist das Mittel im Forst das einzige Insektizid mit aktueller Zulassung gegen rinden- und holzbrütende Borkenkäfer sowie gegen den Großen Braunen Rüsselkäfer. Der Abverkauf endet am 28. August 2023. Anwender können das Insektizid bis 28. August 2024 aufbrauchen. Informationen über aktuell zugelassene Pflanzenschutzmittel sind in der Onlinedatenbank „Pflanzenschutzmittel“ des Bundesamts für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) abrufbar. ≡

## Landeserntedankfest in Magdeburg und 30 Jahre Forstunternehmerverband

Am Samstag, 17. September, fand erneut das Landeserntedankfest in Magdeburg statt, in diesem Jahr bereits zum 27. Mal. Neben Tausenden Besuchern waren auch wieder mehr als 200 Händler, Erzeuger, Landwirte und Vereine auf dem großen Parkgelände zum Höhepunkt im Veranstaltungskalender der Stadt. Als Verband hat der WBV erneut mit einem eigenen Messestand auf die Probleme des Waldes aufmerksam gemacht und den Interessierten Rede und Antwort gestanden. Mit dabei war natürlich wieder die orangene



Foto: FUV Sachsen-Anhalt

Schulze (Forstminister Sachsen-Anhalt), Dr. Maurice Strunk (Geschäftsführer des FUV Sachsen-Anhalt), Bernd Dost (Direktor Landesforstbetrieb Sachsen-Anhalt) und Doreen Einhenkel-Arle (stellv. Vorsitzende des FUV Sachsen-Anhalt)

8, die auf die klimatische Notwendigkeit einer aktiven Waldbewirtschaftung verweist (s. Foto). Ein Höhepunkt war der Rundgang mit Landwirtschaftsminister Sven Schulze (CDU) und Staatssekretär Gert Zender, bei dem ebenfalls drängende Themen ausgetauscht wurden. Dies wurde bei einem gemeinsamen Imbiss im Zelt des Forstunternehmerverbands (FUV)



Waldbesitzerverband  
Sachsen-Anhalt



Foto: WBV Sachsen-Anhalt

Björn Hönoch, Geschäftsführer des WBV Sachsen-Anhalt

Sachsen-Anhalt fortgeführt, an dem auch Landesforstchef Bernd Dost teilnahm. Das Foto zeigt den Austausch im Gemeinschaftszelt der Lohnunternehmer und des Landesforstbetriebs. Abgerundet wurde der Tag mit den Feierlichkeiten des FUV im Tessenow Loft in Magdeburg anlässlich des 30-jährigen Bestehens. Aus der Geschäftsstelle des WBV haben Franz Prinz zu Salm-Salm (Vorsitzender) und Björn Hönoch (Geschäftsführer) teilgenommen. Trotz eines bis dahin bereits langen Samstags ließ es sich auch Minister

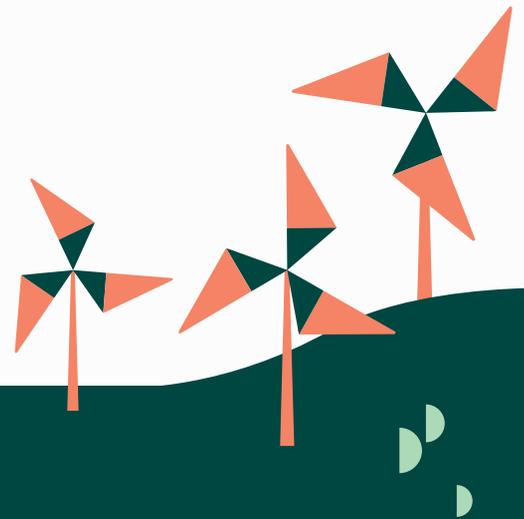
Schulze nicht nehmen, dort ebenfalls teilzunehmen und ein paar Glückwünsche an die Veranstalter zu richten. In gemütlicher Runde und mit vielen weiteren interessanten Gesprächen klang der sehr gelungene Abend aus. ≡

## Windkraft im Wald: Dieses Verbot ist verfassungswidrig und damit nichtig!

Ein Kommentar von Franz Prinz zu Salm-Salm (Vorsitzender WBV Sachsen-Anhalt): „Diese Entscheidung dürfte das Ende der sinngemäßen Regelung im Landeswaldgesetz Sachsen-Anhalts bedeuten. Pauschale Verbote von Windkraft im Wald sind damit Geschichte. Für uns kann dies bedeuten, dass wir in unseren Kommunen endlich Teil einer sinnvollen Wertschöpfung aus regionaler Bioenergie, inklusive Windkraft und Biomasse sein können. Beispielhaft verweisen wir auf die Kommune Feldheim in Brandenburg (nefeldheim.info/energieautarkes-dorf). Dort laufen regionale Wertschöpfung und Energieproduktion bereits Hand in Hand. Die gegen-

Anzeige

# Messen Sie Ihren Wald noch in Hektar oder schon in Kilowattstunden?



## Alterric – Wind ist unser Geschäft.

Als Partner für grüne Energie schaffen wir neue wirtschaftliche Perspektiven für Ihren Wald.

Alterric ist mit 2,3 Gigawatt Erzeugungskapazität Marktführer für Grünstrom in Europa. Allein in Deutschland haben wir über 1.100 Windenergieanlagen ans Netz gebracht und betreiben diese im eigenen Bestand. Als verlässlicher Partner setzen wir auf sichere Energie »made in Germany«.

Unsere Stärken für Ihren Erfolg:

- Flächensicherung, Projektentwicklung, Betrieb und Repowering sowie Projektankauf in jeder Phase
- Wir beraten auf Augenhöhe und bieten attraktive Verträge
- Wir übernehmen Verantwortung und tragen das Risiko
- Wir setzen auf Nähe – mit 300 Mitarbeitenden an bundesweit zehn Standorten

Sie möchten mehr wissen? Unsere Experten sprechen gern mit Ihnen über Windstärken auf Ihren Flächen.



Alterric Flächensicherung Deutschland  
Telefon: 0511 260933-202  
E-Mail: [windflaechen@alterric.com](mailto:windflaechen@alterric.com)  
[www.alterric.com/windflaechen](http://www.alterric.com/windflaechen)



**CONTAINERFORSTPFLANZEN**  
www.tinplant.com  
c.hoelk@tinplant-gmbh.de

**agrarboden.de**  
Agrar- und Forstimmobilien seit 1960



**ERWIN VOGT**  
FORSTBAUMSCHULEN GMBH

**Wir stehen für Qualität & Herkunftssicherheit**

**Lohnanzuchten zur Sicherung Ihrer Wunschsortimente,**  
Forstpflanzen, Aufforstungen,  
Einheimische Wildgehölze,  
Saatgutgewinnung

Osterloher Weg 2 · 25421 Pinneberg  
Telefon: +49 (0) 4101 7966-0  
info@vogt-forstbaumschulen.de  
www.vogt-forstbaumschulen.de



**August Lüdemann**  
Forst- und Landschaftsservice GmbH  
Forstbaumschulen • Forstdienstleistungen

termingerechte Lieferung  
bodenfrische Forstpflanzen  
heimische Wildgehölze  
Saatgutgewinnung u. Lohnanzuchten  
Übernahme kompletter Aufforstungen

60528 Frankfurt/M.  
Am Poloplast 10  
Tel. 069-66 80 65 10  
Fax 069-66 68 80 1  
AL@august-luedemann.de  
www.august-luedemann.de



**von Loessl Immobilien**

Ihr Fachmakler für Forst & Agrar seit 2008

**Forstbetriebe/Eigenjagden in Deutschland zum kurzfristigen Ankauf gesucht!**

Wir bieten Verkäufern folgende Vorteile:

- Kostenfreie und marktgerechte Objektbewertung
- Vermittlung an uns vertraute und bonitätsgeprüfte Käufer
- Verkauf zum Höchstpreis, Zahlung durch Eigenkapital
- **Diskrete** und fachgerechte Bearbeitung und Abwicklung

**Büro Bad Neuenahr:**  
Am Johannisberg 60  
53474 Bad Neuenahr  
**Telefon 02641 907 907**  
mailto: info@von-loessl.de  
www.von-loessl.de

**Büro Berlin:**  
Grünstraße 4  
12555 Berlin  
**Telefon 030 68 406 907**  
mailto: berlin@von-loessl.de  
www.von-loessl.de

**Wild-Fernhaltung**

Baumkulturen / Jungaufforstung / Naturverjüngung  
Schützen Sie ihre Kulturen ohne Wildzaun mit original  
STUNK Duftsäulen und tausendfach bewährter STUNK Duftlösung  
**STUNK – DAS Original seit 2012!**



**STUNK® Wild-Fernhaltung**  
www.wild-fernhaltung.eu

0049 (0) 29 72 - 97 85 388  
grewe.vertrieb@gmx.de

wärtigen Energiepreise in Feldheim liegen u. W. bei 7,5 Cent für Wärmeenergie und 12 Cent für elektrische Energie. Damit können private Haushalte und Gewerbe vor Ort gut umgehen.

Es wird Zeit, dass die ländlichen Regionen in Sachsen-Anhalt ähnliche Konzepte entwickeln. Dabei können wir als Waldbesitzer gut beteiligt sein und uns als Teil der regionalen Wertschöpfung endlich konstruktiv einbringen. Genau das verhindert bisher der gesetzliche Status quo in Sachsen-Anhalt.“

**Konkret ergibt sich aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes:**

Mit dem heute veröffentlichten Beschluss hat der erste Senat des Bundesverfassungsgerichts (BVG) entschieden, dass § 10 Abs. 1 Satz 2 des Thüringer Waldgesetzes (ThürWaldG) mit dem Grundgesetz unvereinbar und damit nichtig ist. Diese Vorschrift verbietet ausnahmslos die Änderung der Nutzungsart von Waldgebieten zur Errichtung von Windenergieanlagen und verhindert damit jeden Bau von Windenergieanlagen in Waldgebieten. Unter Rn. 79 hat das BVG – auch im Lichte seiner Klimaschutzentscheidungen – argumentiert, dass die Regelungskompetenz für Bodenrecht beim Bund liegen muss! Demnach dürfen die Länder keine pauschalen Windanlagenverbote im Außenbereich etablieren, weil sonst das 1,5-Grad-Ziel nicht mehr zu erreichen wäre. Das 1,5-Grad-Ziel ist ein „verfassungsrechtlich maßgebliches Klimaschutzziel“ (das die Schutzpflicht des Staates triggern kann). Diese Argumentation dürfte künftig auch in anderen Fallgestaltungen zum Tragen kommen. Mithin darf der Bund dann die Regelungskompetenz für sich in Anspruch nehmen, wenn sonst Klimaziele nicht erreichbar sind. Konkret heißt es dazu im Rn. 79: „Inhaltlich spricht gegen eine Durchbrechung der in § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB geregelten Privilegierung durch § 9 Abs. 3 Nr. 2 BWaldG, dass der Ausbau der Nutzung der Windkraft einen faktisch un-

verzichtbaren Beitrag zu der verfassungsrechtlich durch Art. 20a GG und durch grundrechtliche Schutzpflichten gebotenen Begrenzung des Klimawandels leistet. Um das verfassungsrechtlich maßgebliche Klimaschutzziel zu wahren, die Erderwärmung bei deutlich unter 2,0 °C, möglichst 1,5 °C anzuhalten (vgl. BVerfGE 157, 30 <145 ff. Rn. 208 ff.>), müssen erhebliche weitere Anstrengungen der Treibhausgasreduktion unternommen werden (vgl. BVerfGE 157, 30 <158 ff. Rn. 231 ff.>), wozu insbesondere der Ausbau der Windkraftnutzung beitragen soll.“ Zugleich unterstütze dieser Ausbau die Sicherung der Energieversorgung, die derzeit besonders gefährdet sei (vgl. näher zur Bedeutung des Ausbaus der Windenergie für die beiden Ziele BVerfG, Beschluss des Ersten Senats vom 23. März 2022 – 1 BvR 1187/17 –, Rn. 103 – 108 m. w. N.). Vor diesem Hintergrund liege es bei objektiver Betrachtung fern, dass das Bundesrecht auf eine zentrale Klimaschutz- und Energieversorgungsstrategie, nämlich die im Bauplanungsrecht privilegierte Zulassung der Windenergienutzung, in nennenswertem Umfang verzichten könnte, indem es über § 9 Abs. 3 Nr. 2 BWaldG den Ländern – zumal denen mit so hohem Waldanteil wie Thüringen – erlaube, durch landesrechtliche Umwandlungsverbote die Windenergieerzeugung auf Waldflächen vollständig auszuschließen.“ Die vollständige Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts lesen Sie auf [www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2022/09/rs20220927\\_1bvr266121.html](http://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2022/09/rs20220927_1bvr266121.html). Lesen Sie hierzu auch unsere Meldung auf S. 8.

**Nationalpark Harz gefährdet Menschen und befördert Waldbrand!**

Wer die Situation vor Ort und die Diskussionen der letzten 30 Jahre kennt, kann der Ortsbürgermeisterin von Schierke, Christiane Hopstock, nur beipflichten: „Es reicht, was der Nationalpark Harz

Schierke, der Region und der Gesellschaft zumute!“ Über 120 ha Wald sind bisher am Brocken abgebrannt! Seine Besucher mussten evakuiert werden. Löschflugzeuge und Hubschrauber sowie Hunderte Feuerwehrleute sind im Einsatz. Die Schäden für Mensch und Natur sind gewaltig. Mitbedingt wurde dies durch die Ignoranz des Nationalparks und der letzten Landesregierung sowie der Bundesregierung gegenüber steigender Waldbrandgefahr in Zeiten des Klimawandels. Während ein EU-„Weißbuch für politische Entscheidungsträger“ für Wald im Klimawandel als „weitere wirkungsvolle waldbauliche Maßnahmen ... eine intensivere Durchforstung, die Entfernung von Schlagrücklass und Totholz“ vorgibt (Quelle: [www.alpineregion.eu/sites/default/files/uploads/result/2233/attachments/200717\\_waldbraendealpen\\_weissbuch\\_final\\_online\\_austria.pdf](http://www.alpineregion.eu/sites/default/files/uploads/result/2233/attachments/200717_waldbraendealpen_weissbuch_final_online_austria.pdf)), erhöhte der Nationalpark Harz geradezu systematisch den Anteil an leicht entzündbarem Totholz, mit stehenden und liegenden toten Bäumen auf einigen Tausend Hektar abgestorbenen Waldes im Brockengebiet. Johann Georg Goldammer, Professor für Feuerökologie am Max-Planck-Institut für Chemie in Freiburg und Direktor des „Global Fire Monitoring Center“, macht den Ernst der Lage deutlich: „Wir stehen vor einem Zeitalter des Feuers und wir müssen uns besser darauf vorbereiten. [...] Aus alten forstwissenschaftlichen Lehrbüchern kann man da einiges lernen – z. B. über das Anlegen von Schneisen, die Feuer aufhalten können.“ Das gleiche Prinzip stecke auch hinter den bis zu 30 und mehr Meter breiten Brandschutzstreifen, aus denen Totholz, Gestrüpp und anderes brennbares Material entfernt werde, oder hinter den bis zu 100 m

breiten Waldbrandriegeln, in denen gezielt weniger brennbare Laubbäume angepflanzt würden. „Dort wird der Wald intensiv durchforstet und das Unterholz mechanisch entfernt, durch kontrolliertes Abbrennen oder durch weidende Tiere – alles mit dem Ziel, Feuern möglichst wenig Nahrung zu bieten und so ihre Ausbreitung zu stoppen.“ (Quelle: [www.spektrum.de/news/waldbraendevorsorgen-im-zeitalter-des-feuers/2047017](http://www.spektrum.de/news/waldbraendevorsorgen-im-zeitalter-des-feuers/2047017)). Der Nationalpark hat den Klimawandel ignoriert. Er hat bisher auf jegliche Waldbrandvorbeugung mehr oder minder verzichtet. Folglich stellen die riesigen Totholzflächen eine unkalkulierbare und schwer löschrare Brandgefahr dar, letztlich auch für die Gemeinden und Menschen im und am Nationalpark. Wir fordern deshalb kurzfristig für die Menschen in der Region:

- eine Novelle des Nationalparkgesetzes, mit dem Ziel, die örtliche Bevölkerung, Tourismus, Land- und Forstwirte in dessen Gremien ernsthaft einzubeziehen;
- eine Erfassung aller Schäden und Kalamitäten, welche sich in den letzten 30 Jahren infolge des Agierens des Nationalparks ergeben haben;
- die Prüfung der Amtshaftung beteiligter Personen wie z. B. der Herren Pusch und Pietsch sowie Frau Ministerin a. D. Dalbert und Bundesministerin Steffi Lemke;
- ein jährlich zu aktualisierendes Waldbrandvorbeugungs- und -Bekämpfungskonzept im Bereich des Nationalparks Südharz.

Im Übrigen unterstützt der WBV die Forderungen von Karl-Heinz Banse (Präsident des Deutschen Feuerwehrverbands (DFV)) zu Maßnahmen zur Vorbeugung und Bekämpfung von Totholzbränden:

1. Umgehend ist eine Totholzinventur in allen Wäldern Deutschlands und insbesondere in den Schutzgebieten durchzuführen.
  2. Für sich daraus ergebene brandgefährdete Gebiete sind umgehend Maßnahmen zur Waldbrandvorbeugung einzuleiten, wie sie bereits jetzt für Wälder der höchsten Waldbrandgefahrenklasse A durchgeführt werden.
  3. Damit die Feuerwehr potenzielle Brandflächen erreichen kann, ist ein Wegenetz auszubauen, das 40-t-Fahrzeugen die Befahrung ermöglicht.
  4. An diesen Wegen ist beiderseitig auf 20 m das Totholz zu entfernen, um ein Befahren trotz Brand in diesem Gebiet zu ermöglichen.
  5. Es sind Waldbrandriegel einzurichten, um im Falle eines Brands die Ausbreitung zu begrenzen. Sie sind von Totholz zu beräumen und wenn sich die Naturverjüngung nicht schnell entwickelt, sind geeignete Anpflanzungen vorzunehmen.
  6. Wasserentnahmestellen und Löschteiche sind zu bauen.
  7. Die Maßnahmen der Waldbrandvorbeugung sind grundsätzlich so zu organisieren, wie in Wäldern der höchsten Waldbrandgefahrenstufe A. Das betrifft vor allem die Überwachung mit Kamerasystemen oder Flugzeugen.
- Da die Brandbekämpfung in Totholzwäldern eigentlich nur mit Luftfahrzeugen (Hubschrauber) erfolgen kann, sind Hubschrauberlandeplätze einzurichten.
8. Die Feuerwehren und Kommunen sind für diese Herausforderung technisch auszustatten.

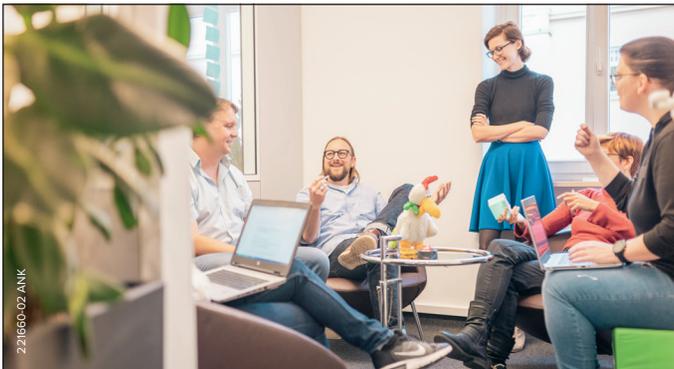
## Mehr Ertrag für Ihren Forstbetrieb

JUWI – Ihr Spezialist für erneuerbare Energien mit mehr als 300 realisierten Windenergie-Anlagen im Wald.

**JUWI**

[www.juwi.de](http://www.juwi.de)





22160-02 ANK

Wir sind die Deutsche Landwirtschaftsverlag GmbH und möchten gemeinsam mit Dir (wie die Natur) wachsen. In der grünen Branche zuhause, liegen uns nicht nur Naturthemen am Herzen, sondern auch die Nachhaltigkeit unseres Schaffens. Gemeinsam ziehen wir aktiv an einem Strang und arbeiten für das Land.

Wir bilden am Standort Hannover (ab 01.08.2023) und München (ab 01.09.2023) aus:

## Ausbildung als Medienkaufmann / Medienkauffrau Digital & Print (m/w/d)

### Das bieten wir Dir

- Bei uns lernst Du – von der Idee bis zum Verkauf – wie crossmediale Medienprodukte (z. B. Zeitschriften, ePaper, Websites, Apps, Events) entstehen.
- Im „training on the job“ durchläufst Du von der Buchhaltung über das Marketing bis hin zum Anzeigenverkauf, Vertrieb und dem Bereich Digital alle Abteilungen, um für die vielfältigen Berufsmöglichkeiten in der Medienbranche gerüstet zu sein.
- Deine Ausbildung ist uns wichtig. Du besuchst daher Seminare zur Weiterentwicklung Deiner Kompetenzen.
- Zusammen mit den anderen Azubis arbeitest Du an spannenden Projekten.
- Wir machen Dich fit für die Zwischen- und Abschlussprüfung.

### Das zeichnet Dich aus

- Du verfügst über ein/e erfolgreich abgeschlossene/s Mittlere Reife oder Abitur.
- Du hast Lust auf die Arbeit in einem Medienunternehmen und verfügst bestenfalls über einen Bezug zur „grünen Branche“.
- Dein freundliches Auftreten sowie Deine selbstständige Arbeitsweise zeichnen Dich aus. Ebenso bleibt Deine Zuverlässigkeit, Teamfähigkeit sowie Eigeninitiative nicht unerwähnt.
- Den Umgang mit Microsoft Office beherrschst Du im Schlaf.

### Deine Benefits

- **Persönliches Wachstum:** Deine Weiterbildung und Förderung liegt uns am Herzen.
- **Standort:** Wir sind zentral gelegen und gut mit den Öffis zu erreichen, bei den Fahrtkosten mit Eigenanteil unterstützen wir Dich gerne.
- **Work-Life-Balance:** Tageweises mobiles Arbeiten in ganz Deutschland wird bei uns aktiv gelebt – auch für Dich als Azubi.
- **Bürohund:** Auch Dein vierbeiniger Begleiter ist bei uns herzlich willkommen!
- **Spaß:** Du kannst Dich auf Teamevents freuen!
- **Gesundheit:** Wir achten durch Gesundheitsmaßnahmen auf Dich und unterstützen unsere Mitarbeiter durch anonyme, psychologische Beratungsstunden bei der IAS.
- **Wir schätzen Dich:** Eine abwechslungsreiche Ausbildung mit 30 Tagen Urlaub, einer 35 Std.-Woche (Hannover) bzw. 37,5 Std.-Woche (München), Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Mitarbeitererrabatten sowie Gleitzeit erwartet Dich.

### Überzeugt?

Dann bewirb Dich schnell und einfach (mit Anschreiben, Lebenslauf und Zeugnis) unter [www.dlv.de/karriere](http://www.dlv.de/karriere).

**Bewerbungsfristen: bis 30.11.2022 (Hannover)  
bis 31.01.2023 (München)**

Deutscher Landwirtschaftsverlag GmbH  
Sophia Sirtl, Bewerbungsmanagement,  
Lothstr. 29, 80797 München



Deutscher  
Landwirtschaftsverlag

Diese Maßnahmen sind sofort im Nationalpark Harz umzusetzen! Während der Forstminister von Sachsen-Anhalt, Sven Schulze, umgehend an den Brandherden war und die Brandbekämpfung mit organisiert hat, ist vom zuständigen Bundesminister Cem Özdemir weder zum akuten Waldbrandgeschehen in Deutschland noch überhaupt zum Wald etwas zu hören. Zugesagte Hilfen für den Wald bleiben unklar, sind unangemessen gering und werden an anderer Stelle wieder gekürzt. So kann es auch nicht weitergehen! Wir fordern die Bundesminister Özdemir und Lemke auf, ihre Waldpolitik zu verändern und dem Wald und den Waldbesitzern bei der Überwindung der klimabedingten Katastrophen zu helfen!

### Waldbesitzerverband für Mecklenburg- Vorpommern e. V.

## Pauschale ASP- Entschädigung für Forst

Mit Wirkung zum 1. Juli 2022 hat das Ministerium für Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume und Umwelt Mecklenburg-Vorpommern eine Regelung zur Leistung von Entschädigungen für die Inanspruchnahme von Grundstücken bei Maßnahmen gegen die Afrikanische Schweinepest (ASP) erlassen. Die Rechtsgrundlage dafür bilden die §§ 6 und 39a des Tiergesundheitsgesetzes. Entschädigungsfähig sind Einschränkungen der Nutzung durch

Absperrungen, Nutzungsverbote und -beschränkungen, die Verpflichtung zur Anlage von Jagdschneisen sowie Beschränkungen oder Verbote in der Jagdausübung. Anspruchsberechtigt sind Eigentümer, Pächter und Jagdausübungsberechtigte. Entsprechende

Anträge sind bei den für die Maßnahmen zuständigen Landkreisen bzw. kreisfreien Städten zu stellen. Die Entschädigungshöhe richtet sich nach dem Landesrecht, hier den Entschädigungsgrundsätzen für rechtmäßige polizeiliche Eingriffe in das Eigentum gem. § 72 Sicherheits- und Ordnungsgesetz M-V. Dieser sieht eine Entschädigung für Vermögensschäden vor, die im unmittelbaren Zusammenhang mit dem hoheitlichen Eingriff stehen. Entgangener Gewinn wird nicht ersetzt. Für die Forstwirtschaft sieht der Erlass bei temporärem bzw. dauerhaftem Nutzungsverzicht eine pauschale Entschädigung auf Basis der Bodenbruttorente in der Waldbewertung vor. Sie wird gebildet aus den Bodenverkehrswerten und den Bodenertragswerten. Hinzu treten die durchschnittlichen Verwaltungskostenätze der verschiedenen Forstbesitzarten.

Hieraus ergibt sich die in Buchstabe D des Erlasses festgelegte pauschale Summe von 103,50 €/ha/Jahr für den Privatwald und 143,50 €/ha/Jahr für den Körperschaftswald. Nicht entschädigungsberechtigt sind der Staatsforst sowie die Forsten der Landkreise und der kreisfreien Städte. Bei Anwendung dieser pauschalen Werte ist kein Sachverständigengutachten erforderlich. Alternativ sieht der Erlass die Möglichkeit für den Waldbesitzer vor, den Schaden gutachterlich ermitteln zu lassen, wenn er die pauschale Entschädigung nach

Bodenbruttorente nicht für sachgerecht hält. So dann erfolgt eine Entschädigung nach dem Sachverständigengutachten. Die Gutachterkosten werden erstattet.

Für die Entschädigung des Jagdwerts werden gem. Buchstabe E des Erlasses die geleisteten Jagdpachtzahlungen im Verbotszeitraum herangezogen. Für Anordnungen zu verstärkter Bejagung oder Nachsuchen orientiert sich die Entschädigung an Stückprämien erlegter Tiere (max.





Foto: LKSH

### Dr. Thomas Böckmann, Leiter der Nordwestdeutschen Forstlichen Versuchsanstalt

Bauernverbands betonte Klaus-Peter Lucht die besondere Lage Schleswig-Holsteins als Gunststandort sowohl für die Land- als auch für die Forstwirtschaft. Die Vorgabe einer Nullnutzung laufe dem aber ebenso zuwider wie widersinnige europarechtliche Vorgaben. Wer Nutzungseinschränkungen fordere, so Lucht, müsse die Frage beantworten, wo die benötigten Ressourcen an anderer Stelle ebenso nachhaltig erzeugt werden könnten.

Das neu gebildete Landwirtschafts- und Forstministerium (MLLEV) sehe sich auch als Ministerium der Urproduktion, erklärte dessen neue Staatssekretärin Anne Benett-Sturries. Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, müsse man sich von romantisierenden Bildern lösen. Ein „Bullerbü-Bild“ der Landwirtschaft sei ebenso wenig hilfreich wie die „Wohlleben-Ideen“ für die Forstwirtschaft. Es sei die Verantwortung der Waldpolitik, dies zu kommunizieren.

Die Staatssekretärin formulierte das Ziel, die Wälder in Schleswig-Holstein für die Zukunft widerstandsfähig und klimaresilient aufzustellen. Mit einem Privatwaldanteil von über 51 % sei die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) dafür das wesentliche Instrument der Förderung. Weiter solle auch das Instrument der Waldpflegeverträge in Schleswig-Holstein etabliert werden. Der Vorsitzende des WBV, Hans-Caspar Graf zu Rantzau, äußerte die Sorge vor einem zunehmenden Demokratieverfall in Deutschland. Die Freiheit jedes Einzelnen sei ein wertvolles Gut und nicht selbstverständlich. Es brauche Mut, sich für die Freiheit einzusetzen. Freiheit lebe auch von konstruktiver Kritik und Kontroverse. Ideologische Vorbehalte stünden aber vielfach einem konstruktiven Dialog entgegen. Weil zunehmend Ideologie und Wunschvorstellungen die öffentliche Meinung und Diskussion bestimmten, habe der WBV mit der Publikation „Waldblatt“ ein Gegengewicht gesetzt. In diesem Jahr sind bereits drei Ausgaben erschienen.

Graf Rantzau sprach ausdrücklich die Entscheidung des Europaparlaments zur Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED) III zur Definition von forstlicher Biomasse, ihrer För-

derfähigkeit und der Anrechenbarkeit als erneuerbare Energiequelle an. Ideologie wolle verhindern, dass Holz den Wald verlässt. Stattdessen werde sogenannten Naturwaldmodellen das Wort geredet, obwohl wissenschaftlich nachgewiesen sei, dass nachhaltig bewirtschaftete Wälder in der Biodiversität überlegen seien.

Großflächige Nutzungseinschränkungen im Wald widersprächen auch dem Generationenvertrag. Der Wald könne mit seinen vielfältigen Leistungen dauerhaft nur bestehen, wenn er wirtschaftlich auf soliden Füßen stehe. Dabei betonte Graf Rantzau auch die besonderen Klimaleistungen des Waldes, die vor allem auf dem Substitutionseffekt der Holzverwendung beruhten. Die Verwendung heimischen Holzes als Baustoff diene auch der Sicherung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit und müsse daher in jeder Hinsicht intensiviert und gefördert werden.

Zum Thema Brennholz äußerte der Vorsitzende deutliche Kritik an Forstbetrieben wie dem Stadtwald Lübeck, die ihrer Verpflichtung zur Versorgung ihrer Bürger mit dem Rohstoff Holz als Brennholz nicht nachkämen.

Die Brennholzversorgung sei auch eine soziale Leistung des Waldes. In diesem Sinne appellierte Graf Rantzau an alle Waldbesitzer, gerade in diesen Zeiten das in schleswig-holsteinischen Wäldern ökologisch und nachhaltig erzeugte Holz auch als Brennholz zur Verfügung zu stellen. Die aktuell größte Herausforderung, so Graf Rantzau, zeige sich in den enormen Waldschäden der vergangenen Jahre mit bundesweiten Waldverlusten von inzwischen rund 500.000 ha. Gerade die für Schleswig-Holstein bestimmende Buche sei in zunehmender Gefahr. Bei der Suche nach geeigneten weiteren Baumarten für die zukünftige Stabilisierung der Wälder dürfe es keine ideologischen Vorbehalte geben. Die willkürliche Einengung des Begriffs der standortheimischen Baumarten auf die nacheiszeitlich in Schleswig-Holstein vorkommenden Spezies sei angesichts der Natur- und Klimageschichte des Landes wissenschaftlich nicht haltbar und überholt.

Im Mittelpunkt der folgenden Fachvorträge standen Fragen des weiteren Waldumbaus und der Baumartenwahl. Der Leiter der Nordwestdeutschen Forstlichen Versuchsanstalt (NW-FVA) in Göttingen, Dr. Thomas Böckmann, verwies auf die durch die Dürreextreme der vergangenen Jahre entstandenen Freiflächen. Beim zu erwartenden Anstieg der Durchschnittstemperaturen für Schleswig-Holstein von mindestens 2 bis möglicherweise über 4 °C bis zum Jahr 2100 bestehe die größte



Schleswig-Holsteinischer  
Waldbesitzerverband e.V.

50 €) bzw. dem Stundenaufwand bei Nachsuchen (max. 15 €/h). Wildschäden aufgrund vollständiger Jagdverbote können auf Gutachtenbasis entschädigt werden. **Hinweis:** Anders als in der Landwirtschaft gibt es für den Forst- und Jagdbereich keine Möglichkeit zum Abschluss privater Versicherungen gegen ASP-Schäden. Für Einzelheiten wird auf den Erlass des Ministeriums und die einschlägigen Gesetze (Tiergesundheitsgesetz, Schweinepestverordnung, Sicherheits- und Ordnungsgesetz M-V) verwiesen.

≡ DWvB

## Schleswig-Holsteinischer Waldbesitzerverband e. V.

### Mitgliederversammlung des Schleswig-Holsteinischen Waldbesitzerverbands

Im Mittelpunkt der Mitgliederversammlung des Schleswig-Holsteinischen Waldbesitzerverbands (WBV) in der Kammerhalle in Rendsburg standen vor dem Hintergrund des Klimawandels und damit zunehmender Extremwetterereignisse Fragen der zukünftigen Baumartenwahl und der waldbaulichen Strategien. MdL Heiner Rickers (CDU), der Vorsitzende des Umwelt- und Agrarausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtags, betonte in seinem Grußwort die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Nutzung des Waldes als wesentliche Säule der Nachhaltigkeit. Die forstpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Sandra Redmann, erklärte, in der laufenden Legislaturperiode würden die Weichen dafür gestellt, welche Mittel zukünftig im Wald zur Verfügung stünden. Sie kündigte an, zum Jahresende ihren Platz im Verwaltungsrat der Schleswig-Holsteinischen Landesforsten zu verlassen. Sie bleibe aber forstpolitische Sprecherin ihrer Fraktion.

Der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/ Die Grünen, Lasse Petersdotter, betonte die besondere Bedeutung des Waldes für den Klimaschutz. 60 % des Waldes in Schleswig-Holstein – sowohl der Anteil an Fichte als auch der Buchenanteil – seien stark gefährdet.

Der forstpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Oliver Kumbartzky, übte Kritik an der neuen Regierungskoalition. Sie setze zu stark auf „Naturwald“ und zu wenig auf die aktive Holznutzung. Gerade diese verhindere nicht nur Importe aus Regionen, in denen nicht nachhaltig gewirtschaftet werde. Auch liege die wesentliche Klimaschutzleistung des Waldes in der Substitution klimaschädlicher, weil CO<sub>2</sub>-intensiver Bau- und Rohstoffe durch heimisches Holz. Als neugewählter Präsident des Schleswig-Holsteinischen

Herausforderung in der veränderten Niederschlagsverteilung und der Verfügbarkeit von Wasser während der Vegetationsperiode.

Der Klimawandel, so Böckmann, werde zu veränderten Produktionsgrundlagen, Produktionsrisiken und Ertragsaussichten führen und die Anpassungsfähigkeit der Baumarten vielerorts überfordern. Angesichts der Langfristigkeit der forstlichen Produktion und der Unsicherheiten der Klimaprojektionen verbiete sich allerdings jegliche Form von Aktionismus und Panikmache. Allerdings werde ein „Weiter-wie-bisher“ vielerorts nicht funktionieren.

Den Schlüssel sieht die NW-FVA in einer aktiven Anpassung des standortgemäßen Waldumbaus an den Klimawandel durch die Stabilisierung der vorhandenen Waldbestände, die Senkung und Verteilung der Risiken sowie den weiteren standortgerechten Waldumbau. Holz als Rohstoff, so Böckmann, werde durch CO<sub>2</sub>-Wende, Energiekrise, Holz als Baustoff etc. weiterhin an Bedeutung gewinnen und müsse auch zukünftig in ausreichender Menge national bereitgestellt werden.

Dabei stünden mit Douglasie, Küstentanne und Roteiche schon jetzt Baumarten zur Verfügung, die die Fichte zukünftig ersetzen können, weil sie auf gleichen Standorten trockenheitsunempfindlicher seien und trotzdem gutes Wachstum versprechen. Vertiefende Forschungen im Bereich der Herkunft und der Genetik bei alternativen Baumarten, die für den Klimawandel geeignet sein könnten, seien dabei dringend erforderlich. Bei der Walderneuerung auf Freiflächen müsse „Qualität vor Quantität“ gelten. Dafür, so Böckmann, stünden außer Buche und Tanne viele heimische, eingeführte und auch bewährte alternative Baumarten zur Verfügung.

Der Wald substituere auch rund 15 % der Treibhausgasemissionen in Deutschland. Wichtiger als die Anpassung des Waldes an den Klimawandel sei daher eine weiterhin konsequente Reduktion der Treibhausgasemissionen. Dies sei aber eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft und nicht nur für die Waldbesitzer. Dabei spricht sich die NW-FVA auch für einen Ausgleich von Ökosystemleistungen aus. Diese seien keine Almosen oder Spenden zur Krisenbewältigung, sondern eine längst überfällige Honorierung von Leistungen der Waldbesitzenden.

Der Vorsitzende des Bundesverbands Deutscher Forstbauschulen, Armin Vogt, verwies auf die besondere Bedeutung der Forstbauschulen. Sie seien der Garant für die Versorgung aller Forstbetriebe mit qualitativ hochwertigem Pflanzmaterial. Ohne dieses seien der notwendige Waldumbau und der Wiederaufbau nicht zu schaffen. Dabei, so Vogt, hätten die Forstbauschulen ausreichende Produktionskapazität, um den Waldumbau und die Wiederbewaldung zu unterstützen. Prob-

leme ergäben sich aber aus der Unberechenbarkeit der Planung für die Zukunft.

Weiter forderte Vogt eine ausreichende Verfügbarkeit von sicherem forstlichen Saatgut für die Zukunft. Dies gelte sowohl für die heimischen Baumarten als auch für die bewährten Gastbaumarten. Es bestehe, so Vogt abschließend, eine verstärkte Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass das gewünschte und passende sowie ökologische, wirtschaftliche und legale Vermehrungsgut in den Wald gelange. ≡

## 50 Jahre Forstbetriebsgemeinschaft Stormarn

Kontinuität und gute Arbeit für die Mitglieder – beides zeichnet die Forstbetriebsgemeinschaft (FBG) Stormarn aus. Zur Jubiläumsfeier anlässlich des 50-jährigen Bestehens konnte die FBG am 23. September neben zahlreichen Mitgliedern und Gästen auch Landwirtschaftsminister Werner Schwarz begrüßen.

Eigentlich konnte der Vorsitzende Martin Freiherr von Jenisch bereits auf 51 Jahre Bestehen der FBG zurückblicken. Ursprünglich im Jahr 1971 mit zwölf Mitgliedern, davon neun privaten Waldbesitzern und drei Kommunen mit einer Fläche von 1.000 ha gegründet, umfasst die FBG heute über 270 Mitglieder und mit 3.500 ha Fläche rund 90 % der kommunalen und privaten Waldfläche im Kreis Stormarn.

Dabei ist Baron von Jenisch, der das Amt des Vorsitzenden von seinem Vater als Gründungsvorstand übernommen hat, erst der zweite Vorsitzende. Ebenso ist Steffen Burkhardt, der sein Amt im Jahr 2019 angetreten hat, erst der zweite Geschäftsführer. Dessen Vorgänger Heino Koch hatte das Amt von 1982 bis 2019 inne. Baron von Jenisch bedankte sich insbesondere für die gute Arbeit der Geschäftsstelle mit den Mitarbeiterinnen Frau Levern von Wilke und Frau Mai und die gleichfalls bewährte Betreuung durch den Bezirksförster Reinhold Schulte, der die FBG schon seit 1992 betreut. Der Landwirtschaftsminister, dessen Vater Gründungsmitglied der FBG war, betonte die Notwendigkeit der nachhaltigen Bewirtschaftung des Waldes zur Bewältigung der Auswirkungen des Klimawandels. Dafür sind die FBGn im Lande unverzichtbar. Vor diesem Hintergrund betonte der Minister auch die Notwendigkeit der Verstärkung der forstlichen Förderung und einer ausreichenden und verlässlichen institutionellen Förderung. Schleswig-Holstein werde dafür auch das Instrument der Waldpflegeverträge einführen. Klimawandel und Energiekrise machten deutlich, wie wichtig das Engagement der privaten und kommunalen Waldbesitzer sei.

Der Erfolg der FBG Stormarn mit hervorragender Arbeit seit über 50 Jahren zeige, wie man Nachteile aus kleinteiligen Besitzstrukturen wirkungsvoll beheben kann, so der Vorsitzende des Schleswig-Holsteinischen WBV. Graf zu Rantzau lobte die beispielhafte Arbeit der FBG und die großen Leistungen der vergangenen über 50 Jahre. Die Forstbetriebsgemeinschaft Stormarn sei ein Erfolgsmodell und zeige die Notwendigkeit, die forstlichen Potenziale im Land auszuschöpfen. ≡

## Treffen mit CDU-Umweltausschussmitgliedern



Foto: WBV SH

Von links hinten: Sönke Siebke MdL, Heiner Rickers MdL, Hans-Caspar Graf zu Rantzau, Jens Fickendey-Engels; von links vorne: Cornelia Schmachtenberg MdL, Rixa Kleinschmit MdL

Auf Einladung der CDU-Fraktion fand am 5. September ein Treffen zwischen den CDU-Mitgliedern des Umwelt- und Agrarausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtags, Heiner Rickers, Rixa Kleinschmit, Cornelia Schmachtenberg, Sönke Siebke sowie dem Umwelt- und Agrarreferenten der CDU-Fraktion Harald Johnke mit dem Vorsitzenden des WBV, Hans-Caspar Graf zu Rantzau, und dem Geschäftsführer Jens Fickendey-Engels statt. Im Mittelpunkt standen neben den dürr- und kalamitätsbedingten Waldschäden der vergangenen Jahre insbesondere die weiteren Herausforderungen des Waldes durch den Klimawandel.

Einigkeit bestand über die Notwendigkeit der aktiven Bewirtschaftung des Waldes, die Fortsetzung des klimastabilen Waldumbaus und die Freiheit der Baumartenwahl. Ausführlich erörtert wurde die hohe Biodiversität in Wirtschaftswäldern, die der von Naturwäldern vielfach überlegen sei. Einigkeit herrschte auch bei der Ablehnung von pauschalen Stilllegungszielen. Es bestand Konsens über die Notwendigkeit der Nutzung des heimischen Rohstoffs Holz sowohl stofflich als auch energetisch, um die Klimaleistungen des Waldes insbesondere

durch die Substitutionseffekte auszunutzen.

Die Abgeordneten zeigten auch großes Interesse an der Arbeit der Forstbetriebsgemeinschaften und sprachen sich für eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Forstbetriebsgemeinschaften durch eine gesicherte institutionelle Förderung und die Förderung von Waldpflegeverträgen mit den Waldbesitzern aus. Es wurde ein weiterer enger fachlicher und persönlicher Austausch vereinbart.

## Treffen mit Minister Werner Schwarz und Staatssekretärin Anne Benett-Sturies

Mit dem Aufbau eines Ministeriums für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz und dessen Zuständigkeit für den Wald konnte Anfang September ein Gespräch mit dem Minister Werner Schwarz, der Staatssekretärin Anne Benett-Sturies sowie dem Vorsitzenden Hans-Caspar Graf zu Rantzau und Geschäftsführer des Schleswig-Holsteinischen WBV stattfinden. Minister Schwarz und Staatssekretärin Be-



Foto: WBV SH

Landwirtschaftsminister Werner Schwarz, Martin Freiherr von Jenisch, Hans-Caspar Graf zu Rantzau (v. l.)

nett-Sturies erläuterten die forstpolitischen Pläne und Vorstellungen der Landesregierung und des Ministeriums für die kommende Legislaturperiode.

Das Ministerium setzt forstpolitisch auf eine aktive Bewirtschaftung und eine fachlich forstwissenschaftliche Ausrichtung in Waldfragen. Einigkeit bestand neben der Notwendigkeit der aktiven Bewirtschaftung des Waldes und der Nutzung der Ressource Holz sowohl stofflich als auch energetisch auch über die Fragen des Waldschutzes und des Waldumbaus zu größerer Klimastabilität. Einigkeit bestand auch über die zentrale und unverzichtbare Rolle der FBGn in Schleswig-Holstein als Garant für die Waldbewirtschaftung und den klimasta-

bilen Waldumbau im Privat- und Kommunalwald. Die Struktur der FBGn müsse erhalten und weiter ausgebaut und gestärkt werden. Dabei sprach sich der Minister für die Fortsetzung der institutionellen Förderung und die Förderung von Waldpflegeverträgen aus.

Das Ministerium will auch die Bedeutung des Landesbeirats Forst- und Holzwirtschaft stärken. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen weiter die Ökosystemleistungen des Waldes.

Das Ministerium will sich für eine angemessene Honorierung einsetzen und die Waldbesitzer unterstützen. Der WBV und das Ministerium vereinbarten eine Intensivierung des Austauschs und der fachlichen Zusammenarbeit.

## Hessischer Waldbesitzerverband e. V.

### Waldbrände nehmen auch in Hessen zu!

Waldbrände können das komplexe Ökosystem für viele Jahre stören oder ganz vernichten und zu schweren wirtschaftlichen Schäden führen. Der Vergleich

zwischen einer trockenen Kieferregion wie Sachsen-Anhalt und dem Laubholzland Hessen zeigt, dass durch die extreme Trockenheit und den Klimawandel auch in weniger brandgefährdeten Waldstrukturen die Gefahr von Waldbränden



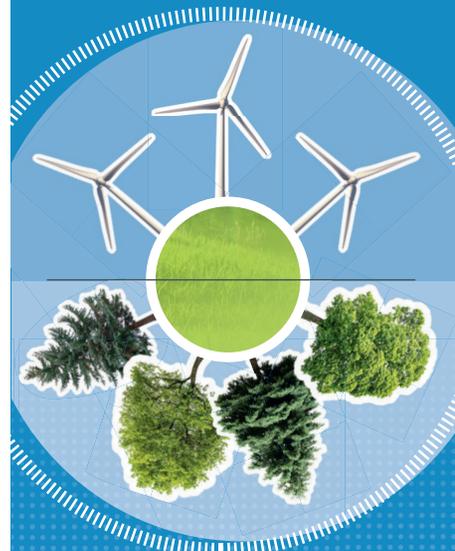
stark zugenommen hat. In Sachsen-Anhalt gab es in diesem Jahr rund 160 Waldbrände. Davon betroffen sind etwa 90 ha Wald, das entspricht der Größe von 126 Fußballfeldern.

2021 waren 22 ha Wald betroffen. Bei den Flächen handelt es sich um Wirtschaftswald. Sachsen-Anhalt ist durch seine ausgedehnten Kiefernwälder mit Grasbewuchs schon immer von zahlreichen Waldbränden betroffen. Um die flächenhafte Ausweitung dieser großen Anzahl an Bränden einzuschränken, wurden vorbeugende Maßnahmen ergriffen. Dazu zählen das Anlegen von Waldbrandwundstreifen, die Festlegung von Waldbrandgefahrenstufen, das Überwachen der Wälder bei



Foto: HWV

Auch in Hessen nimmt die Waldbrandgefahr zu.



## GEWACHSENE BEZIEHUNG

### Wind und Wald in Partnerschaft

Gemeinsam erreichen wir mehr – auch für die Wertschöpfung im Wald.

OSTWIND entwickelt erfolgreich Windprojekte. Seit über 25 Jahren.

OSTWIND – gibt's auch in Nord, Süd und West. Bauen Sie auf Erfahrung: Tel. +49 941 5 95 89-0

[WWW.OSTWIND.DE/CHANCEN](http://WWW.OSTWIND.DE/CHANCEN)



**BEHÄLTERBAU | AGRARBAU  
INDUSTRIE- & GEWERBEBAU  
STAHLBAU | HAUSBAU**



**LAGERHALLEN für Biomasse**

WOLF SYSTEM GMBH | Am Stadtwald 20 | 94486 Osterhofen  
+49 9932 37-0 | mail@wolfsystem.de | WWW.WOLFSYSTEM.DE

## Aktion

**Forst-Markierstäbe  
in Gelb, Blau oder  
Orange**

200 Stk. um € 130,00  
www.pronaturshop.at  
Tel. +43(0)7662/8371-20



Nie mehr auf dem Holzweg:  
[forstpraxis.de/newsletter](https://forstpraxis.de/newsletter)



**JETZT DIGITAL  
TESTEN!**

deutscher-waldbesitzer.de/digital




**Mobile und Stationäre Sägewerke  
von KP-Forsttechnik**  
Im Dorfe 60, 29410 Salzwedel  
Tel. 039035-973986  
E-Mail: [Info@kp-forsttechnik.de](mailto:Info@kp-forsttechnik.de)  
Web: [www.kp-forsttechnik.de](http://www.kp-forsttechnik.de)

Brandgefahr und das Anlegen von Pflugstreifen bei der Getreideernte. In der Regel werden bei der Ernte auch größere Wasserwagen von den Bauern direkt auf dem Feld bereitgestellt.

Durch die Waldbrandfrüherkennung und -überwachung mit 15 optischen Sensorsystemen, die auf Feuerwachtürmen, Funkmasten und anderen großen Objekten installiert sind, können Brände schneller entdeckt und gelöscht werden. Sie beobachten eine Waldfläche von bis zu 700 km<sup>2</sup>. Das System erkennt automatisch Rauchentwicklung und leitet die Information an die Waldbrandzentralen in Annaburg, Genthin und Klötze weiter. Ein Operator wertet dort die eingehende Meldung aus und alarmiert im Falle eines Brands die Feuerwehr (Quelle: <https://landeszentrumwald.sachsen-anhalt.de/waldschutz/waldbrand-schutz/waldbrandvorbeugung>).

Des Weiteren wurden in den letzten Jahren mobile Wasserressourcen angeschafft. Mehrere Feuerwehren entwickelten und übten zusammen, Wasserleitungen über mehrere Kilometer zu legen. Diese Zusammenarbeit ist wichtig, um über lange Entfernungen schnell Wasser an die Waldbrandherde zu bekommen.

Im Gegensatz zu Sachsen-Anhalt hat Hessen bisher wenige vorbeugende Maßnahmen zur Verhinderung von Waldbränden ergriffen. Der hohe Laub- und Mischwaldanteil hat die Zahl der Waldbrände geringgehalten. Der Klimawandel und der Hitzesommer 2022 haben das geändert. In Hessen gab es in diesem Jahr rund 164 Waldbrände auf 130 ha Wald (Quelle: HMUKLV, 9. November 2022, Stand Oktober 2022). Im Jahr 2021 wurden 29 Brände mit etwa 3 ha Brandfläche gemeldet. Hier zeigt sich also ein deutlicher Anstieg.

Hessen kann von den Erfahrungen der immer schon waldbrandgefährdeten Regionen Deutschlands in der Vorbeugung und Waldbrandbekämpfung profitieren. Maßnahmen wie die Überwachung von Wäldern sowie das Anlegen von Waldbrand- und Schutzstreifen sind

Möglichkeiten, Waldbrände schneller einzudämmen. In trockenen Sommern sollten die Landwirte bei der Ernte mit Wasser gefüllte Güllefässer am Feldrand platzieren, denn manche Waldbrände sind durch in Brand geratene Erntemaschinen entstanden. ≡

## Wald der Zukunft entwickeln

Umweltstaatssekretär Oliver Conz und der Landesbetriebsleiter von HessenForst, Michael Gerst, haben im Forstamt Wiesbaden-Chausseehaus den Nachhaltigkeitsbericht des Landesbetriebs HessenForst vorgestellt. Auch 2021 haben die Klimakrise und ihre Folgen das Handeln der Forstleute im hessischen Wald bestimmt.

„Wir machen den Wald klimastabil. Das ist unsere große Herausforderung, denn der Wald ist der große Leidtragende des Klimawandels und spielt zugleich eine entscheidende Rolle beim Kampf gegen die Klimakrise. In unvorstellbarem Tempo sind über 90.000 ha Wald in Hessen abgestorben. Deswegen haben wir allein 2021 4,6 Mio. junge Bäume im Staatswald gepflanzt. An anderer Stelle hat die Natur Raum für die Wiederbewaldung erhalten. So entsteht unser Wald von morgen, der vielfältig und widerstandsfähig sein muss, um weiterhin Lebensraum für Tiere und Pflanzen, Erholungs-ort für uns Menschen und Kohlenstoffsänke zu sein“, erklärte Umweltstaatssekretär Conz.

Er dankte den Försterinnen und Förstern für ihren Einsatz für den hessischen Wald: Fast 39.000 ha Freiflächen seien seit 2018 allein im hessischen Staatswald als Folge des Klimawandels durch Trockenheit, Unwetter und Schädlinge entstanden. „Investitionen in den Wald sind daher auch Schwerpunkt im Doppelhaushalt. Hier sind für die kommenden beiden Jahre insgesamt 155 Mio. € für Wiederbewaldung und den Waldumbau vorgesehen“, so der Staatssekretär.

Wie in allen hessischen Forstämtern haben Forstamtsleiter Ralf Bördner und sein Team in Wiesbaden-Chausseehaus in den letzten Jahren ehemalige Fichtenflächen neu bepflanzt. „Wir haben uns an dieser Stelle für Eiche mit Hainbuche entschieden“, berichtete Bördner. Er erwartet, dass der zukünftige Eichenbestand einen hohen Beitrag zur Biodiversität leistet, dabei trockenheitstolerant sei und wertvolles Holz liefere. Bördner betonte: „Nur ein vitaler, stabiler Wald speichert langfristig Kohlenstoff, sorgt für saubere Luft, bietet Lebensraum für Tiere und Erholungsraum für Menschen und kann nachhaltig Holz liefern, das zum Teil energieintensive Produkte ersetzt.“

Wie steht HessenForst jedoch zu exotischen Baumarten, die vermeintlich besser an den Klimawandel angepasst sind? Wie stellt der Landesbetrieb sicher, dass auch kleine Unternehmen aus der Region ausreichend Holz aus hessischen Wäldern bei ihm abnehmen können? Welche Funktionen kann der Wald der Zukunft noch erfüllen? Diese und weitere Fragen haben sechs prominente Menschen an den Landesbetrieb gestellt. Die Fragen und Antworten darauf illustrieren den Nachhaltigkeitsbericht für 2021.

„Diese Fragen spiegeln das große Interesse der Bürgerinnen und Bürger am Wald wider. Darüber haben wir uns sehr gefreut! Sie drücken aber auch die Sorgen der Bevölkerung um den Wald aus. Ich bin sicher, dass es uns mit den Antworten zu diesen Fragen gelingt, Wissen zu vermitteln und Transparenz zu schaffen“, sagte Betriebsleiter Gerst und ergänzte: „Deutlich wird, dass wir im Wald unverändert vor besonderen Herausforderungen stehen. Wir können dabei auf unsere Forstleute vertrauen, die allen Unsicherheiten zum Trotz den Wald mit großem persönlichen Engagement zum Wohle von Mensch und Natur mit Umsicht weiterentwickeln.“

### Fakten zum Geschäftsjahr 2021 für den Landesbetrieb HessenForst:

- 4,6 Mio. junge Bäume im Staatswald gepflanzt,
- 2,7 Mio. m<sup>3</sup> Holz geerntet, davon 60 % durch Kalamität,
- 129 Windenergieanlagen in Betrieb,
- Jahresergebnis: -47,8 Mio. €,
- betreute Körperschaftswaldbetriebe: 383 Kommunal- und 316 Gemeinschaftswaldbetriebe,
- 1.927 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, 146 in Ausbildung.

≡ Der Nachhaltigkeitsbericht kann über folgenden Link im Internet abgerufen werden: [www.hessen-forst.de/publikationen](http://www.hessen-forst.de/publikationen)

### Klimastabile Baumarten der Zukunft

Die Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt (NW-FVA) hat mit der Klimarisikokarte, den Baumartenempfehlungen und Waldentwicklungszielen den Waldeigentümern und Forstleuten eine praxistaugliche und wissenschaftlich fundierte Entscheidungsgrundlage für die Wiederbewaldung von Kahlflächen an die Hand gegeben. Was fehlt, sind Empfehlungen für alternative Baumarten, die heimische Baumarten ergänzen oder auf trockenen Standorten ersetzen können.

Die NW-FVA kann nur Anbauempfehlungen für Baumarten geben, über die genügend wissenschaftliche Forschungsergebnisse vorliegen. Wachstumsverhalten, Standorteignung und Anpassungsfähigkeit, Spätfrostresistenz, Schädlingsanfälligkeit und viele Eigenschaften mehr müssen über einige Jahre beobachtet werden, um gesicherte Erkenntnisse ableiten zu können. Für etliche Baumarten, wie Walnuss, Schwarznuss, Baumhasel, Hemlocktanne, Thuja und viele mehr, gibt es daher zu wenig Aussagen der Wissenschaft, um eine Anbauempfehlung daraus abzuleiten.



Foto: HWV

### Stadtforster Karl-Matthias Groß pflanzt im Usinger Stadtwald Baumhasel.

Das ändert sich jetzt. Die NW-FVA hat ein aus Mitteln des Klimaplanes des Landes Hessen gefördertes Projekt ins Leben gerufen, in dem von Waldeigentümern und Förstern angelegte Kulturflächen mit alternativen Baumarten erfasst und das Wachstum dieser Baumarten wissenschaftlich begleitet werden. Dazu waren HessenForst und der Hessische Waldbesitzerverband (WBV) aufgefordert, bei den betreuten Forstbetrieben und Mitgliedern solche Anbauflächen zu erfragen und der NW-FVA zu melden.

Seit Anfang des letzten Jahres hat die Versuchsanstalt in Göttingen über 1.300 Flächen gemeldet bekommen. Ein Projektmitarbeiter begutachtet jede Fläche vor Ort, um zu entscheiden, ob eine weitere wissenschaftliche Beob-

achtung der dort angebaute Baumarten sinnvoll ist. Schon die Hälfte der Flächen wurden registriert und 220 Flächen in die engere Wahl gezogen. Die forstliche Fachwelt darf sich auf viele neue Erkenntnisse freuen, die von den Göttinger Waldbauwissenschaftlern in den nächsten Jahren gewonnen und verfügbar gemacht werden. ≡

### Gespräch über Naturschutzvertrag

Am 23. September haben Vertreter des Hessischen Städte- und Gemeindebunds, des Hessischen Städtetags und des Hessischen WBV mit Umweltstaatssekretär Oliver Conz über die Zukunft des Rahmenvertrags Naturschutz im Wald gesprochen. Mit dem vor 20 Jahren geschlossenen Vertrag haben sich die vier Partner zu frühzeitiger und umfassender Kommunikation und Zusammenarbeit bei allen Maßnahmen für den Naturschutz im Wald verpflichtet. Rund 40.000 ha Natura-2000-Gebiete sind seit der Unterzeichnung inzwischen durch Einzelverträge des Landes Hessen mit den Waldeigentümern gesichert.

In der Vergangenheit gab es jedoch Hinweise, dass sich Landesbehörden über den Rahmenvertrag hinwegsetzen und Wälder als Naturschutzgebiet ausweisen wollen. So hat das Regierungspräsidium Gießen die Wälder der Mark-



Foto: HWV

### Christian Raupach, Sandra Schweitzer, Präsident Carl Anton Prinz zu Waldeck, Martin Jung, Staatssekretär Oliver Conz (v. l.)

genossenschaften Bellersheim, Muschenheim und Bettenhausen schon im Jahr 2016 per Verordnung einstweilig sichergestellt, ohne die Waldeigentümer darüber zu informieren. Mit den 2020 folgenden förmlichen Anhörungsverfahren versuchte die Naturschutzbehörde, den Waldeigentümern die Ausweisung der drei Wälder als Naturschutzgebiet mit „einer sich abzeichnenden Nutzungsänderung“ ohne jede inhaltliche Begründung und ohne konkreten Anlass unterzujubeln.

Mit dem Gesetzentwurf über das Naturmonument „Grünes Band Hessen“ geht das Umweltministerium nun denselben Weg. Es ist überhaupt kein Grund ersichtlich, warum sich das Land Hessen ohne jeden Hinweis über die getroffenen Vereinbarungen hinwegsetzt. Die Vertragspartner bestehen darauf, dass das Land die im Rahmenvertrag festgelegte Vorgehensweise bei jeglicher behördlichen Naturschutzmaßnahme im Wald zugrunde legt. Sie beginnt mit der umfassenden und fairen Kommunikation der zuständigen Behörden mit den betroffenen Waldeigentümern. Hier bestehen ganz erhebliche Defizite, die umgehend behoben werden müssen. ≡

## Kreisgruppe Schwalm-Eder wählt neuen Vorstand

Die Kreisgruppe Schwalm-Eder konnte nach über zwei Jahren endlich wieder eine Mitgliederversammlung durchführen. Rund 80 Teilnehmende waren in die Stadthalle Borken gekommen, um aktuelle Informationen über Forstpolitik, Förderung und die Zukunft der Holzvermarktung zu erhalten. Präsident Carl Anton Prinz zu Waldeck erläuterte die Arbeit



Regierungspräsident Mark Weinmeister (r.) ehrt Willi Leidheiser mit dem Bundesverdienstkreuz.

des WBV zu etlichen Themen in Wiesbaden, Berlin und Brüssel. Die Aufgabenpalette führe zu einem enormen Arbeitspensum, aber es lohne sich sehr, Einfluss auf die Entscheidungen der Politik zu nehmen.

Martin Kütke, Referatsleiter für Privat- und Körperschaftswald im Hessischen Umweltministerium, brachte aktuelle Information über den Stand der Förderung mit. Die Flut der Förderanträge und die außerordentlich hohen Geldsummen, die zu bewegen seien, hätten die Bewilligungsstelle an ihre Grenzen gebracht. Er bat die Waldeigentümer weiterhin um Geduld.

Beispielhaft für das zu bewältigende Fördervolumen nannte Kütke die Summe von mehr als 66 Mio. €, die seit Inkrafttreten der Extremwetter-Richtlinie im Jahr 2019 alleine für die Fördertatbestände „Waldschutz II“ und „Flächenräumung“ von den

Waldeigentümern beantragt worden sei. Die Anträge würden alle abgearbeitet und nach und nach ausgezahlt. Das benötige jedoch wegen fehlender Arbeitskräfte und jährlich begrenzt verfügbarer Finanzmittel mehr Zeit. Im Doppelhaushalt 2023 und 2024 seien erneut etliche Millionen zusätzlicher Fördermittel für die Forstwirtschaft eingestellt worden.

Die Mitgliederversammlung wählte Jörg Weinhausen erneut einstimmig zu ihrem Vorsitzenden. Ebenfalls in den Vorstand der Kreisgruppe gewählt wurden Felix von Ries, Dominic von Schwertzell, Frank Wiegand und Rene Ritter, der die Geschäfte der Kreisgruppe führt. ≡

## Bundesverdienstkreuz für Willy Leidheiser

Willy Leidheiser, Edermünde-Besse, wurde eine große Ehre zuteil: Der Bundespräsident hat ihm das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen, das ihm am 10. Oktober durch Regierungspräsident Mark Weinmeister (Regierungspräsidium Kassel) überreicht wurde. Leidheiser zeichnet sich durch ein hohes ehrenamtliches Engagement in vielen Bereichen aus, z. B. in der Freiwilligen Feuerwehr, in der Heimatstiftung sowie für Kirche und Musikverein in seiner Heimatgemeinde.

Für sein Heimatdorf Besse hat er sich ein Leben lang engagiert. Durch seine Mitgliedschaft in leitenden Funktionen der Feuerwehr und der Waldgenossenschaft ist er bei jeder Art von Dorffest involviert. Seine positive menschliche Art macht ihn bei den Bürgern der Gemeinde zu einem wichtigen Pfeiler. Willy Leidheiser war und ist immer ein Macher. Er unterstützt und hilft, wo er kann, und ist bereit, immer mit anzupacken. Besonders aktiv ist er seit 30



Felix von Ries, Dominic von Schwertzell, Frank Wiegand, Präsident Carl Anton Prinz zu Waldeck, Rene Ritter, Christian Raupach, Kreisgruppenvorsitzender Jörg Weinhausen (v. l.)



Foto: Anja Starick

Revierleiter Michael Hickmann (r.) erläutert die Begründung des Ahornbestands.

Jahren für den Wald und die Waldeigentümer in verschiedenen Organisationen, z. B. in der örtlichen Waldgenossenschaft in Besse, wo er als Vorstand seit 1996 nicht nur notwendige Entscheidungen herbeiführt. Auch in den praktischen Dingen, wenn es um Gatterbau und Waldpflege bis hin zur Bewässerung junger Pflanzen geht kann er mit Fachwissen glänzen. Mit seinem Wissen und seinen Erfahrungen in den übergeordneten Gremien ist er auch immer an den aktuellen Themen sowie den künftigen Entwicklungen interessiert und beteiligt sich aktiv. Nicht zuletzt war er bei der schwierigen Frage nach einem neuen Holzvermarktungskonzept in Nordhessen beteiligt.

### Weitere Ehrungen

Der Hessische Waldbesitzerverband beglückwünscht Konrad Riebeling, Bad Zwesten, zur Verleihung der Ehrenurkunde des Hessischen WBV am 3. November für 40 Jahre Tätigkeit im Vorstand der Waldinteressentenschaft Bad Zwesten. ≡

### Exkursion der FBG Morschen-Spangenberg

Am 30. September führte die diesjährige Exkursion der Forstbetriebsgemeinschaft (FBG) Morschen-Spangen-

berg unter dem Thema „2022 – Ein weiterer trockener Sommer: Welche Möglichkeiten zur Wiederbegründung unserer Bestände gibt es im Hinblick auf den Klimawandel im Laubholz?“ ins Forstamt Jesberg. Bei herrlichstem Herbstwetter wurden die Teilnehmer von Dr. Heidi Döbbeler und Stefan Lieven von der Nordwestdeutschen Forstlichen Versuchsanstalt (NW-FVA) sowie dem Revierleiter Michael Hickmann in Empfang genommen und hatten Gelegenheit, sich in den Jahren 2006 bis 2014 begründete Bestände aus Vogelkirsche, Bergahorn und Spitzahorn sowie einen innovativen Mischbestand aus Esskastanie und Weißtanne anzusehen.

Herausgearbeitet und diskutiert wurden insbesondere Aspekte der jeweiligen Standortseignung, der waldbaulichen Behandlung, baumartenspezifische Risiken und die Wertleistung. Durch die Teilnahme von Dr. Annelly Brandt und Martin Sebastian Gabel vom Bieneninstitut wurde zusätzlich ein Einblick gegeben in die Möglichkeiten, mit entsprechender Baumartenwahl einen waldbaulichen Beitrag für blütenbesuchende Insekten zu leisten. Beeindruckend war auch das dadurch entstehende Potenzial von Nicht-Holz-Waldprodukten (z. B. Honig, Eßkastanien), eine in Mitteleuropa häufig wenig beachtete

Facette der Nutzwirkungen des Waldes! Abschließend wurde die 2021 von der NW-FVA neu angelegte Versuchsfläche zu alternativen Baumarten besichtigt. Anhand der als zukunfts-trächtig erachteten Baumarten Atlas- und Libanonzeder, Baumhasel, Orientbuche, Walnuss, Türkische Tanne, Esskastanie und Tulpenbaum gab es eine Einführung in forstliche Anbauversuche und den Ablauf bis zur Aussprache der Anbauwürdigkeit.

Nach einem Vortrag von Dr. Döbbeler im Rahmen der Mitgliederversammlung 2021 über die von der NW-FVA entwickelte APP „BaEm“ zur klimangepassten Baumartenwahl und die letztjährige Exkursion zum Thema „Roteiche, Riesenlebensbaum, Hemlocktanne und Japanische Sichelanne – ‚Fremdländer‘ oder erfolgversprechende Baumarten für den Waldbau im Zeichen des Klimawandels?“ war dies schon die dritte Gelegenheit für die Mitglieder der FBG, direkt von der angewandten Waldforschung und der beeindruckenden Kompetenz der NW-FVA zu profitieren und das erworbene Wissen anschaulich zugänglich gemacht zu bekommen! In den schwierigen und herausfordernden Zeiten machen diese Angebote der NW-FVA den Waldbesitzern viel Hoffnung und Mut!

≡ Roland Feit



WP Sembten II

Profitieren Sie von zusätzlichen Einnahmen durch die Nutzung Ihrer Waldflächen mit Windenergie.

Dabei unterstützen wir Sie mit unserer langjährigen Erfahrung als größte Energiegenossenschaft in Deutschland.

Gemeinsam bringen wir so Walderhalt und Klimaschutz zusammen.

Lassen Sie sich persönlich von mir und meinem Team beraten.



Matthias Namgalies

+49 4821 6855-350

m.namgalies@prokon.net



Prokon Regenerative Energien eG  
Kirchhoffstraße 3, 25524 Itzehoe